

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD**Aufbau eines bundesweit einheitlichen Digitalfunknetzes**

Die Polizei, Feuerwehr und der Rettungsdienst sind die Garanten der Inneren Sicherheit im Lande Bremen. Ein sicheres, leistungsfähiges und belastbares Telekommunikationsnetz ist dabei die Grundlage für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, den erfolgreichen Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die sachgerechte Erledigung so genannter Großschadensereignisse, wie Naturkatastrophen und Unglücksfälle, mit einer Vielzahl betroffener Personen und/oder hohem Sachschaden.

Die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) der Bundesrepublik Deutschland, d. h. die Polizeibehörden der Länder, der Bundesgrenzschutz, die Feuerwehren, das Technische Hilfswerk und die Rettungsdienste, nutzen seit mehr als 40 Jahren die analoge Funktechnik zur Kommunikation im Einsatzdienst.

Diese Technik stößt schon heute, nicht nur bei Großschadensereignissen wie der Flutkatastrophe im Sommer 2002 geschehen, an ihre Grenzen, sondern ist auch in der Alltagsarbeit für die heutigen Möglichkeiten und Erfordernisse der modernen Kommunikation, beispielsweise die parallele Übertragung von Daten und Sprache, nicht geeignet. In Zeiten eines zusammenwachsenden Europas, mit dem Wegfall der Grenzkontrollen innerhalb der Schengen-Staaten bei gleichzeitiger Internationalisierung der Kriminalität und der grenzüberschreitenden Gefährdung durch den Terrorismus ist es zudem erforderlich, auch europaweit miteinander kommunizieren zu können.

Nach langwierigen Verhandlungen haben sich Bund und Länder im März 2004 in einer Dachvereinbarung grundsätzlich darauf verständigt, bis zum 31. Dezember 2010 ein bundesweit einheitliches digitales Funknetz für diese Behörden und Organisationen aufzubauen. Der Aufbau eines solchen digitalen Funknetzes fordert von Bund, Ländern und Gemeinden angesichts der Dimension des Systemwechsels eine erhebliche finanzielle Anstrengung. Nach Berechnungen werden der Bund und die Länder rund 3,56 Mrd. € für Aufbau und Betrieb des Netzes in den ersten zehn Jahren ausgeben. Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Bund und Ländern bereitet derzeit die Ausschreibung der Vergabeunterlagen vor. Bereits Mitte Februar 2005 soll die erste Phase des Vergabeverfahrens, das so genannte Teilnahmeverfahren, beginnen. Alle beteiligten Gremien haben die dringende Notwendigkeit des digitalen Funks stets bekräftigt und auch in der Koalitionsvereinbarung ist der Wille zur Einführung unterstrichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Absicht von Bund und Ländern, bis zum 31. Dezember 2010 ein bundesweit einheitliches Digitalfunknetz für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben aufzubauen.
2. Zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Lande Bremen unterstützt die Bürgerschaft (Landtag) den zügigen Aufbau eines Netzes und die Umsetzung im Lande Bremen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in den zuständigen Gremien an dem Aufbau des Digitalfunks in der Bundesrepublik Deutschland aktiv mitzuwirken, eine kostengünstige Lösung des Projektes zu erreichen und über den Fortgang des Projekts zu berichten.
4. Beim Aufbau des Netzes sollen mögliche Synergien im bremschen Sicherheitsbereich insbesondere mit dem niedersächsischen Umland berücksichtigt und in enger Kooperation mit Niedersachsen vorgegangen werden.

Rolf Herderhorst, Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU

Hermann Kleen, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD